66. Jahrgang. № 500. Sonntag, 23. Oktober 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Für Feinschmecker! Lobeck's Dreixing-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 23,25 M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 37 mm breite Zeile 2,50 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahlg. — Einzelnummer 40 Pf.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rudolf Bagier & Comp., Dresden-A.
Verkaufsräume: Seestr. 6 :-: Fabriken: Dürerstr. 104 und Dürerplatz 19
Fernsprecher: 20757 : Telegr.-Adr.: Bagier-Dresden
Vollkommene Innen-Einrichtungen
Möbel und Dekorationen von der einfachsten bis zur vornehmsten Ausführung

Radfahrer!
Versichern Sie Ihr Fahrrad oder Motorrad gegen Diebstahl, Teildiebstahl, Beraubung, räuberisch. Ueberfall im Einstellraum, wie überall in ganz Deutschland, auch während Beförderung. Policen sofort:
Emil Preuß Versicherung Tel.: 14154 u. 14614 Moseczinskystr. 1

Roulette
Chips — Wettrennen
Pferdchen-Spiele —
Spielmagazine — —
Schach — Domino
und alle Gesellschaftsspiele für alt und jung
B. A. Müller, Prager Straße 32

Exkaiser Karl wieder in Ungarn.

Der Kriegsfall für die Kleine Entente.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Prag, 22. Okt. Hier ist die Nachricht von einer erneuten Rückkehr des Exkaisers Karl nach Ungarn, und zwar nach Oedenburg, eingetroffen, die völlig überraschend gewirkt hat. Ministerpräsident Dr. Benesch, der mit dem Präsident Masaryk nach dem tschechischen Provinzstädtchen Jicin gereist war, ist sogleich nach Prag zurückgekommen und hat heute vormittag einen Ministerrat einberufen. Es ist möglich, daß schon in dieser Beratung ernstliche Maßnahmen beschlossen werden. Die Aeußerungen, die man heute vormittag zu hören bekam, waren begreiflicherweise noch ungeklärt. Als einheitliche Ueberzeugung läßt sich feststellen, daß die neuerliche Rückkehr Karls nach den unzweideutigen Statuten der Kleinen Entente für die Tschecho-Slowakei und für Südslawien den Kriegsfall bedeuten, und daß man mit der Ueberreichung eines kurzfristigen Ultimatums zu rechnen hat. Es kursieren sogar unverbürgte Gerüchte, daß der Truppeneinmarsch der Kleinen Entente in Ungarn ohne vorhergehendes Ultimatum möglich ist. Offizielle Meldungen sind frühestens nach Abschluß des heutigen Ministerrats zu erwarten.

Im Flugzeug nach Oedenburg.

Wien, 22. Okt. (Eig. Meldung.) Exkaiser Karl ist seit gestern in Oedenburg. Es verlautet, daß Exkaiser Karl im Flugzeug nach Oedenburg gekommen ist. Nähere Einzelheiten über die Fahrt und seine weiteren Absichten sind nicht bekannt. Der Kaiser befand sich lediglich in Begleitung eines Piloten.

In Wiener-Neustadt war gestern die Nachricht über große politische Ereignisse in Oedenburg verbreitet. Dies war darauf zurückzuführen, daß die Polizei trotz wiederholter Versuche keine Telephonverständigung mit Oedenburg erhalten konnte. Das Tschecho-Slowakische Pressebureau bringt folgende Meldung: In der Nacht traf die Meldung ein, daß Exkaiser Karl seit gestern in Oedenburg weile. Die Richtigkeit der Nachricht wurde heute früh vom österreichischen Minister Waber bestätigt. Nach einer weiteren amtlichen Meldung ist der Exkaiser durch Flugzeug in Oedenburg eingetroffen. Der Ministerrat in Wien wurde noch in der Nacht einberufen. Die Polizei hat strengste Bereitschaft. Budapest erklärt auf telephonischem Wege, nichts von der Angelegenheit zu wissen.

Wien, 22. Oktober. (Eig. Meld.) Ueber die Ereignisse nach der Ankunft Exkaiser Karls in Oedenburg ist noch nichts näheres bekannt. Gerüchtweise verlautet, daß sich der Kaiser mit dem Detachement Ostenburg nach Budapest begeben werde. In Wien werden große Vorbereitungen getroffen. Die gesamte Sicherheitswache ist alarmbereit. Die öffentlichen Gebäude sind stark besetzt.

Rücktritt des ungarischen Kabinetts.

Wien, 22. Oktober. Das bisherige ungarische Kabinett ist heute zurückgetreten. An seine Stelle tritt ein Kabinett Andrassy-Rakowski.

Wahrscheinlich dürfte diese Tatsache mit einer Anerkennung Karls durch die neue Regierung gleichbedeutend sein. Den Standpunkt des bisherigen Kabinetts charakterisiert folgende Meldung:

Budapest, 22. Okt. Offiziell wird mitgeteilt: König Karl ist am Freitag in Oedenburg eingetroffen. Der Standpunkt der ungarischen Regierung gegenüber diesem unerwarteten Ereignis ist der, daß Exkönig Karl im Sinne des Artikels 1 der Verfassung von 1920 gegenwärtig die Ausübung der Herrscherrechte in Ungarn nicht übernehmen kann und das Territorium des Landes wieder verlassen muß.

Truppenvereidigung auf die neue Regierung.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Wien, 22. Okt. Gestern nachmittag wurde in Oedenburg die Garnison versammelt. General Hegedüs hielt eine Ansprache, in der er erklärte, daß der Kaiser wiederkehren werde und daß man ihm Gehorsam leisten müsse. Die Truppen antworteten: „Es lebe der König!" Nach ihm trat der Bandenführer Ostenburg hervor und sagte, er sei nunmehr der Kommandant und die Truppen müßten ihm Gehorsam leisten. Die Truppen antworteten: „Es lebe Kommandant Ostenburg!" General Hegedüs nahm darauf die Vereidigung der Truppen auf die neue Regierung vor.

Die Vorkehrungen des österreichischen Kabinetts

Wien, 22. Oktober. (Eig. Meld.) Die Nachricht von der Ankunft Exkaisers Karl in Oedenburg wurde von einem italienischen Offizier der Interalliierten Kommission, der im Auto nach Wien kam, nach hier gebracht. Um 2 Uhr früh wurde Bundeskanzler Dr. Schober von der Ankunft unterrichtet. Er rief sofort alle Minister zusammen. Die Konferenz dauerte bis morgens 5 Uhr. Es wurden Vorkehrungen zum Grenzschutz und zur Abwehr monarchistischer Umtriebe getroffen. Gestern nachmittag wurden im Burgenlande der gesamte Telephon-, Telegraphen- und Postverkehr eingestellt. Seit heute morgen ist auch der Postverkehr nach Oesterreich unterbunden, desgleichen der Personen- und Güterverkehr.

Zentrum und Demokraten gegen Dr. Wirth.

(Eigene Information der „Dresdner Nachr.".)

Berlin, 22. Okt. Nachdem sich die überwiegende Mehrheit des Zentrums sowie auch der Demokraten auf Grund der nun vorliegenden Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens gegen ein Verbleiben des jetzigen Kabinetts im Amte ausgesprochen haben, betrachtet man in politischen Kreisen die Stellung der Regierung als erschüttert. Die heute nachmittag stattfindende Kabinettssitzung wird von entscheidender Bedeutung für das Schicksal der Reichsregierung sein.

Die Haltung der sozialistischen Parteien.

Berlin, 22. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern gemeinsam mit dem Parteiausschuß beraten. Die Stellung der Partei in der Frage der Regierungsbildung, das Recht über den Verbleib oder Sturz des Kabinetts Wirth allein dem Reichstag zuerkennen, fand laut „Vorwärts" auch in dieser gemeinsamen Sitzung einmütige Zustimmung.

Berlin, 22. Okt. Die Reichstagsfraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei hat gestern zu der durch die Entscheidung über Oberschlesien geschaffenen Situation Stellung genommen und sich dabei der Ansicht zugewendet, daß diese Entscheidung formell mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht im Widerspruch steht. Gleichzeitig beklagt die Fraktion die Teilung, die eine große Anzahl deutscher Gemeinden Polen zuweist. Dem Kabinett Wirth könne die Schuld an der für Deutschland ungünstigen Lösung nicht zugeschrieben werden. Ein Wechsel in der auswärtigen Politik könnte verhängnisvoll werden. Gegen die Versuche, unter Ausschaltung des Reichstages einen Kabinetts- und Personenwechsel herbeizuführen, müsse protestiert werden.

Ein unpolitisches Geschäftsministerium?

Berlin, 22. Oktober. Zu irgendeinem Beschluß ist es in der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts nicht gekommen, da auch die Regierung die Haltung der einzelnen Parteien abwarten will. Da darüber Klarheit besteht, daß man in der kommenden Woche die Verhandlungen mit Polen wird aufnehmen müssen, ist in parlamentarischen Kreisen der Plan eines unpolitischen Geschäftsministeriums aufgetaucht, das außerhalb der politischen Parteien stehend und lediglich dazu gebildet werden soll, die Verhandlungen mit Polen einzuleiten und sie so lange zu führen, bis eine Klärung der innerpolitischen Lage eintreten und die Bildung eines neuen Kabinetts ermöglichen würde.

Reichstagszusammentritt erst Montag?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 22. Okt. Das Reichskabinett hat seine Beratung noch nicht beendet. Die gestrige Besprechung dauerte bis 8 Uhr abends. Eine unbedingte Einmütigkeit des Kabinetts hat die gestrige Sitzung nicht gebracht. Die Hauptwiderstände sind bei den demokratischen Ministern zu suchen. Man wird heute versuchen, auf einer mittleren Linie sich zu einigen. Die Regierungserklärung über Oberschlesien wird erst heute formuliert. Frühestens heute abend wird der Aeltestenausschuß den Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstages festsetzen. Den ganzen gestrigen Tag dauerten die Fraktionsberatungen an. Sie waren jedoch streng vertraulicher Art.

Berlin, 22. Okt. Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet jedenfalls Montag statt. Nach den Mitteilungen, die von den Vertretern der Mehrheitsparteien abgegeben wurden, ist mit einer Annahme der Pariser Entscheidung über Oberschlesien durch Regierung und die Mehrheit des Reichstages zu rechnen. Gestern abend sprach der englische Botschafter im Auswärtigen Amt vor. Für heute nachmittag ist auch eine Sitzung des Aeltestenrates des Reichstages in Aussicht genommen, um über den Termin der Reichstagssitzung zu beschließen.

Berlin, 22. Okt. Um die Mittagsstunde lag eine abschließende Beurteilung der innerpolitischen Lage durch die Parteien oder durch das Reichskabinett noch nicht vor. Die Zentrumsfraktion tagt im Augenblick noch. Das Reichskabinett wird voraussichtlich noch um 4 Uhr nachmittags zusammentreten und dann seinen endgültigen Beschluß fassen.

Die Ursache der weiteren Markentwertung.

London, 22. Okt. Laut „Daily Mail" wird in Kreisen britischer Sachverständiger zugegeben, daß die neue Entwertung der Mark zum großen Teil auf politische Ursachen zurückzuführen sei, nämlich auf die Entscheidung in der oberschlesischen Frage. (W. T. B.)

Vor der innerpolitischen Entscheidung

Das Hangen und Bangen in schwebender Pein will noch kein Ende nehmen, wenn auch nun alle Anzeichen dafür sprechen, daß es nicht mehr lange dauern kann, sondern daß die Entscheidung unmittelbar bevorsteht. Die ganze Kläglichkeit der augenblicklichen Lage kommt dem nationalen Empfinden in peinlichster Weise zum Bewußtsein, wenn man die Stimmung, wie sie vor dem Genfer Spruche herrschte, mit der jetzigen vergleicht. Vorher war alles in vaterländischer Begeisterung geeint. Dr. Wirth selbst erklärte zu wiederholten Malen mit allem ihm zu Gebote stehenden Pathos: „Deutschland und Oberschlesien sind eins und bleiben eins. Nie werden wir euch im Stiche lassen. Meine Person steht und fällt mit der Unteilbarkeit des schlesischen Landes!" Die imposanten Kundgebungen, die allerorten zugunsten des Verbleibens Oberschlesiens bei Deutschland stattfanden, versetzten die öffentliche Meinung in eine solche Hoffnungsfreudigkeit, daß man glaubte, sie würden auch auf seiten der Entente ihren Eindruck nicht verfehlen und im Sinne eines gerechten und billigen Urteilsspruches wirken. Diese Erwartung erwies sich als trügerisch, und wenn nunmehr die Dinge bei uns einen halbwegs normalen Verlauf genommen hätten, dann wäre nur eines möglich gewesen: dann hätte die patriotische Entrüstung über den in Genf beschlossenen Raub an einem geheiligten Stück deutscher Erde ganz Deutschland als geschlossene Einheit auf den Plan rufen, alle parteipolitischen Sonderbestrebungen in den Hintergrund drängen und eine Regierung der bedingten Erfüllung ans Ruder bringen müssen, um der Entente ohne Umschweife klarzumachen, daß wir nach einer so tiefeinschneidenden Einbuße an wirtschaftlicher Kraft schlechterdings nicht mehr imstande sind, die Reparationszahlungen im bisherigen Umfange zu leisten. Jetzt wäre der psychologische Moment dagewesen, um die Einheitsfront von Hergt bis Scheidemann, die angesichts des Londoner Ultimatums bereits auf der Bildfläche erschien, aber zu unserem Unglück sich wieder verflüchtigte, endlich zu verwirklichen und so der Entente zu zeigen, daß noch ein ernsthafter Selbsterhaltungswille im deutschen Volke lebt, dem nicht alles und jedes von gewaltsamen Siegern zugemutet werden darf. Doch eine solche vaterländische Erhebung wäre zu schön gewesen; sie blieb ein Traum, und die rauhe Wirklichkeit sah wesentlich anders aus. Der parteipolitische Kleinkram entfaltete ungehemmt sein zerrüttendes Getriebe, und auf der ganzen Linie gab es ein fürchterliches Feilschen um die Beteiligung an der Regierungskrippe. Zu dieses trübselige Durcheinander, in diese am Boden kriechenden, jeder Größe ermangelnden Offenbarungen eines hartgesottenen Parteigeistes hinein, der durchaus nicht begreifen will, daß das Vaterland über der Partei steht, hat der preußische Ministerpräsident Stegerwald das Mahnwort gerufen: „Einigkeit im Innern ist jetzt erste und heiligste Pflicht!", und als Antwort darauf verstiegen sich die Kommunisten zu einer wüsten Tumultszene. So sieht es im heutigen Deutschland aus. Ein parteipolitisches Chaos an Stelle einer geschlossenen Einheitsfront von rechts bis links, auf Grund deren die Entente die Ueberzeugung gewinnen könnte, daß sie nun endlich mit weiteren Vergewaltigungen der deutschen Rechte und Lebensinteressen Schluß machen und sich mit dem zum äußersten getriebenen Deutschland auf einer anderen Grundlage als der des Versailler Vertrages verständigen müßte.

Dem ganzen Elend hätte es die Krone aufgesetzt, wenn auch noch die Deutsche Volkspartei umgefallen wäre und sich, wie tatsächlich eine Meldung wissen wollte, dazu herbeigelassen hätte, in ein Kabinett Wirth einzutreten. Davon scheint aber nach anderweitigen Nachrichten keine Rede zu sein. Es ist auch unbedingt nötig, daß die Deutsche Volkspartei sich durch taktische Rücksichten nicht zu weit treiben läßt, sondern ihrem grundsätzlichen Standpunkte, der in diesem Falle nicht zweifelhaft sein kann, nichts vergibt. Zwei Dinge sind es, die für die Volkspartei unmöglich sein müssen, einmal die Anteilnahme an der Regierung in einem Kabinett, in dem Dr. Wirth als Reichskanzler weiter amtiert, und zum anderen die Beteiligung an der Kabinettsbildung unter einem sozialdemokratischen Reichskanzler. Der besondere Anspruch der Deutschen Volkspartei auf Mitheranziehung zur Führung der Reichspolitik beruht auf dem industriellen Kreditopfer. Wenn die Industrie sich dazu verstehen will, ihren ausländischen Kredit zu benutzen, um der Reichsregierung für die nächste Zeit die Devisenbeschaffung für die Reparationszahlungen zu erleichtern und dadurch dem weiteren Sinken des Markkurses einen Riegel vorzuschieben, so kann sie mit Fug und Recht fordern, daß sie durch die Partei, in der sich vorwiegend ihre politische Vertretung verkörpert, innerhalb der Regierung einen entsprechenden Einfluß auf die finanzielle und wirtschaftliche Gebarung des Reiches gewinnt, damit nicht durch verfehlte Maßnahmen, insbesondere sozialistische Experimente, der industrielle Kredit, die Grundlage der bedeutsamen geplanten Finanzoperation, erschüttert wird. Daraus folgt dann aber auch, daß die Deutsche Volkspartei, die zu einer energischen und zielbewußten Vertretung der bürgerlichen Interessen berufen ist, sich nicht mit einem sozialdemokra-